

*Absender*

## **Musterantrag/Widerspruch**

An die  
*zuständige Bezügestelle (LBV etc.; Adressat je nach Dienstherr anpassen!)*

*Datum*

Personalnummer: .....

### **Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Erhalt einer amtsangemessenen Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. nur Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat, Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung – Az.: 2 BvL 5/13) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen. Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 04. Mai 2020 (vgl. BVerfG 2 BvL 4/18) zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparametern präzisiert.

Dabei wurde insbesondere das Abstandsgebot zum allgemeinen Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben.

Ich gehe davon aus, dass der Besoldungsgesetzgeber den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die ausgeschärften Vorgaben in Brandenburg im Jahr 2020 ebenso wenig wie in den vergangenen Jahren nachgekommen ist und die mir gewährte Besoldung/Versorgung im Hinblick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes somit nicht ausreichend ist.

**Deshalb lege ich gegen diese Widerspruch ein und beantrage mir eine amtsangemessene Besoldung/Versorgung zu gewähren, die den in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 sowie aus dem Jahr 2020 aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.**

Gleichzeitig bitte ich bis zur Umsetzung der Entscheidung durch den für meine Besoldung/Versorgung zuständigen Gesetzgeber meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen